



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Bericht über die Delegationsreise des GO-Ausschusses nach London vom 08. bis 10. Oktober 2019

Delegationsteilnehmer: *Patrick Sensburg (CDU)/ Ansgar Heveling (CDU)/ Matthias Bartke (SPD)/ Andreas Bleck (AFD), Friedrich Straetmanns (LINKE)/ **Katja Keul (GRÜNE)***

Drei Wochen vor dem BREXIT Termin am 31. Oktober hatten wir die Gelegenheit, uns mit Mitgliedern und Mitarbeitern des Parlaments und weiteren Experten über die aktuelle politische Lage und die Rolle und Funktionsweise des britischen Parlaments auszutauschen.

Übereinstimmend sprechen alle davon, dass sich Groß-Britannien in einer schweren institutionellen Verfassungskrise befindet.

Die parlamentarischen Verfahren sind seit Jahrhunderten von einer konfrontativen Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien geprägt und nicht auf interfraktionelle Zusammenarbeit oder Kompromissfindung.

Es sei im System nicht vorgesehen, dass die Regierung keine Mehrheit im Parlament hat. Seit die Konservativen jedoch 21 Abgeordnete aus der Fraktion wegen abweichender Abstimmungen in Sachen BREXIT ausgeschlossen haben, ist diese Situation jetzt eingetreten.

Hinzu kommt die Wirkung des „Fixed-term-parliament act“, der unter David Cameron beschlossen wurde. Laut diesem Gesetz kann der Premier nicht mehr jeder Zeit Neuwahlen beschließen, sondern benötigt dafür eine 2/3 Mehrheit im Parlament.

Da die Opposition sich weigert für Neuwahlen zu stimmen, bevor die Verlängerung der BREXIT Frist fest steht, ist die Regierung blockiert und das politische System kollabiert.

Das parlamentarische Selbstverständnis ist ein völlig anderes als bei uns. Die Regierung bestimmt, da sie, nach britischem Verständnis, die Mehrheit im Parlament bildet. So legt die Regierung die Tagesordnung des Parlamentes fest und auch den Zeitplan für die Beratungen der Gesetze. So erklärt es uns wörtlich MP Walker: „Die Regierung bestimmt das Verfahren.“

Deswegen kommt es einer Revolution gleich, dass das Parlament mit dem sogenannten „Ben-Act“ die Regierung gegen ihren Willen verpflichtet hat, bis zum 19. Oktober einen Brief an die EU Kommission zu schreiben und eine dreimonatige Verlängerung bis Ende Januar zu beantragen, wenn es bis dahin keinen neuen Deal gibt. In dem Parlamentsbeschluss ist der Brief sogar wörtlich ausformuliert.

Möglich wurde dieser Beschluss nur, weil der Speaker eine „emergency debate“ ansetzte und entgegen aller bisherigen Gepflogenheiten eine Entscheidung des Parlaments herbeiführte. Da es so etwas noch nicht gegeben hat und unklar ist, wie dieser Beschluss gegen die Regierung durchgesetzt werden kann, wurde vorsorglich der Supreme Court angerufen. Diese Art Verfassungsgericht gibt es selbst erst seit 2009.

Vor Gericht hat der Regierungsvertreter erklärt, dass sich der Premier an Recht und Gesetz halten und den Brief absenden wird. Deswegen ist es bislang nicht zu einer Entscheidung gekommen. Das Gericht hat angekündigt, gegebenenfalls am 20. Oktober zu entscheiden, falls der Premier den Brief doch nicht schreiben sollte.

Die Vorstellung ein Gericht könnte die Regierung verurteilen, weil sie einem Parlamentsbeschluss nicht folgt, ist für unsere britischen Gesprächspartner unvorstellbar.

Alle gehen davon aus, dass Johnson den Brief auch schreiben wird. Einige schließen aber nicht aus, dass er parallel dazu selbst in irgendeiner Weise erklärt, dass er den Antrag selbst nicht ernst meint und gar keine Verlängerung will.

Offen ist auch die Frage, was passiert, wenn er eine von der EU angebotene Verlängerung nicht annimmt. Dann stellt sich wieder die Frage, ob das Parlament ihn dazu verpflichten kann.

Das Verständnis von Gewaltenteilung unterscheidet sich sehr von unserem, da Entscheidungen des Parlaments niemals von einem Gericht überprüft werden dürfen. Darin sind sich auch alle einig.

Selbst diejenigen, die den Speaker Bercow für seine Rolle massiv kritisieren, würden niemals eine Klage gegen ihn fordern. Was er mache, dürfe niemals justiziabel sein. Seine Kritiker werfen ihm allerdings vor, dass er seine Neutralität und Unparteilichkeit verletzte, indem er das Parlament entscheiden lasse, wo die Regierung dies mangels Mehrheit nicht verhindern könne. Da die Amtszeit Bercows in Kürze endet, wird am 4. November ein neuer Speaker gewählt.

Es wirkt also nur formal so, als hätte das Parlament eine stärkere Position als der Bundestag, weil niemand die Entscheidungen des Parlaments vor einem Gericht anfechten könne. In Wirklichkeit bestimmte bis vor kurzem ausschließlich die Regierung, was im Parlament zu passieren habe.

So berichtet uns die Vorsitzende des committee of privileges, dass dieser Ausschuss in früheren Jahren eigentlich wenig zu tun gehabt hätte, weil Regierung und Parlament sich an ihre Traditionen gehalten hätten.

Dieser Ausschuss befasst sich nicht mit der Geschäftsordnung des Parlaments, sondern mit den parlamentarischen Rechten gegenüber der Regierung. Er behandelt also Fragen, die bei uns eher im Ältestenrat besprochen werden, bevor sie ggf. dem Verfassungsgericht vorgelegt würden. In letzter Zeit habe die britische Regierung die Anfragen des Parlaments teilweise schlicht nicht mehr beantwortet und es gäbe Minister, die einfach nicht erscheinen, wenn das Parlament sie einlädt.

Man habe keine Handhabe die Befolgung der Regeln zu erzwingen. Nach mittelalterlichem Recht könne das Parlament die Minister theoretisch verhaften und einsperren, aber das habe man ja nun schon 500 Jahre nicht mehr getan. Gerichte wiederum haben nach britischem Verständnis nichts im politischen Raum zu entscheiden, da das Parlament historisch gesehen selbst das höchste Gericht sei. So war der jetzige Supreme Court bis 2009 quasi ein Ausschuss des House of Lords, der sogenannten „law lords“. Dennoch finden jetzt erstmalig Diskussionen darüber statt, inwieweit gerichtliche Entscheidungen eine Lösung sein könnten.

Im Gespräch mit dem obersten Parlamentssekretär Smyth erfahren wir mehr über den parlamentarischen Arbeitsalltag. Es finden 31 Sitzungswochen statt und an jedem Tag von Montag bis Donnerstag ist Plenum, während auch Ausschüsse parallel tagen. Zum täglichen Plenum gehören jeden Tag eine Fragestunde und die Behandlung der Regierungsentwürfe. Es gibt 13 Freitage im Jahr, an denen sich das Plenum dann mit parlamentarischen Initiativen befasst, sogenannten „member bills“. Dabei wird unter den Parlamentariern ausgelost, welche 20 bills aufgesetzt werden. Diese dürfen allerdings nicht finanzrelevant sein. Mit der Abfassung der eingebrachten Gesetzesentwürfe sind die Parlamentsjuristen, also quasi der wissenschaftliche Dienst, befasst. Trotzdem werden diese Gesetze nicht so finalisiert, dass sie in Kraft treten können, sondern machen nur verständlich, was gewollt ist.

Die meisten MPs verlassen London am Tag unserer Ankunft, weil die Sitzung durch die Entscheidung des Premiers bis Montag unterbrochen wurde. Am Montag beginnt das neue Parlamentsjahr, wie üblich mit einem Queens Speech über das anstehende politische Programm.

Die Gesetze, die bereits im Verfahren sind, verfallen zwischen den Parlamentsjahren nicht der Diskontinuität, sondern können das Verfahren fortsetzen.

Dieses Jahr wurde allerdings ein legislatives Programm verkündet, von dem jeder weiß, dass es mangels Mehrheit nicht umgesetzt werden kann.

Fast jedes politische Gespräch beginnt damit, dass derzeit niemand eine Wette darauf schließen würde, was als nächstes passiert.

MP Walker ist nach eigenen Worten extrem frustriert und wütend auf die Opposition, weil diese den Weg für Neuwahlen nicht frei gemacht hat. Es sei offensichtlich, dass Labour schlicht Angst vor den schlechten Umfragewerten habe und Corbyn eben keine Alternative sei. Er persönlich sei zwar von Mays Deal auch nicht begeistert gewesen, hätte aber dafür gestimmt. Er glaube, dass man, trotz des umstrittenen Backstop an der irischen Grenze, durchaus noch eine Lösung hätte finden können. Viele in seinen eigenen Reihen haben den Deal aber abgelehnt, aus Sorge, dass der Backstop sie auf ewig im Binnenmarkt halten würde.

Auf der anderen Seite hat Labour den Deal abgelehnt, weil der Verbleib im Binnenmarkt nicht eindeutig dauerhaft festgeschrieben worden war.

Bei aller Wut des MP Walker auf die Opposition bleibt Fakt, dass die Krise verhindert worden wäre, wenn die konservative Mehrheit dem May Deal zugestimmt hätte.

Sein politischer Gegenpart, **Hilary Ben** von Labour, ist Vorsitzender des BREXIT- committee. Dieser Ausschuss wurde im Oktober 2016 eingesetzt und besteht aus 21 Mitgliedern. Von den 10 Konservativen in diesem Ausschuss hätten seinerzeit 6 für Leave und 4 für Remain gestimmt. Die Spaltung ging durch die Fraktion und alle Berichte des Ausschusses seien strittig und nie im Konsens beschlossen worden.

Der Ausschuss ist in alle Regionen Großbritanniens gereist und auch nach Brüssel und Berlin. Im November 2018 habe man den „final deal“ bewertet, bevor er dann im Januar 2019 im Parlament abgelehnt wurde.

Anschließend hat der Ausschuss dem Parlament die vier Alternativen dargelegt, an denen sich bis heute nichts geändert hat:

1. Abstimmung wiederholen
2. neu verhandeln
3. no deal
4. Antrag nach Art. 50 zurückziehen.

Um einen Austritt am 31.10. zu ermöglichen, müsste bis dahin ein Gesetz verabschiedet sein. Es liegt aber bislang nicht einmal ein Gesetzesentwurf vor. Theoretisch könnte das Parlament sehr kurzfristig Gesetze verabschieden – angesichts des Umfangs eines BREXIT Gesetzes gilt das aber als unrealistisch.

MP Ben legt uns die Position von Labour wie folgt dar: Zunächst muss es eine Verlängerung geben und anschließend Neuwahlen. Die neue Mehrheit soll dann ein zweites Referendum beschließen, bei dem es zwei Wahlmöglichkeiten gibt: Austritt mit Deal oder ein Verbleib in der EU.

Auch im Europaausschuss des House of Lords hält man ein zweites Referendum für immer wahrscheinlicher. Allerdings sei das mit einer dreimonatigen Verlängerung zeitlich nicht möglich.

Der aktuell früheste Zeitpunkt für Wahlen sei inzwischen Weihnachten. Um ein Referendum auf den Weg zu bringen, bräuchte man etwa 5 Monate.

Rückblickend sind sich quasi alle unsere Gesprächspartner einig, dass Mays Deal gar nicht so schlecht gewesen ist. Mittlerweile gehe es allerdings längst nicht mehr um Sachargumente, sondern nur noch um Emotionen.

Im House of Lords gibt es so gut wie keine ererbten Sitze mehr, da die Ernennung nur noch auf Lebenszeit erfolgt. Es gibt sowohl Parteivorschläge als auch unabhängige Vorschläge von Menschen, die sich in der Gesellschaft verdient gemacht haben. Das House of Lords repräsentiert damit gewissermaßen die Zivilgesellschaft.

Die Lords treten im Gespräch mit uns ruhig und besonnen auf und damit längst nicht so emotional wie die MPs des House of Common.

Als Erstes entschuldigen Sie sich mehrfach und in aller Form für die unsägliche Veröffentlichung des Inhalts des Telefonats zwischen Merkel und Johnson am Vortag. Sie befürchten ebenso wie wir, dass es jetzt um das „blame game“, also das „Schwarze-Peter-Spiel“ ginge. Johnson wolle, dass die EU, Merkel und Macron am Ende Schuld seien, wenn es zu einem No Deal BREXIT komme.

Mir ist während unserer Gespräche klar geworden, dass die EU auf jeden Fall eine beantragte Verlängerung gewähren muss – allein schon, damit die Rechtspopulisten nicht die Verantwortung für einen No Deal und seine Folgen der EU zuspielen können.

In weiteren Gespräch geht es dann noch um die Lage in Nordirland selber. Dort wäre das Referendum mit 55:45 für Remain ausgegangen. Von den Katholiken hatten etwa 85 % und von den Protestanten 40 % für einen Verbleib in der EU gestimmt.

Im Karfreitagsabkommen von '98 gibt es eine Option für ein Referendum über die Wiedervereinigung Irlands, über die zunehmend ernsthaft diskutiert wird. Man interessiert sich dort sehr für die deutsche Wiedervereinigung. Allerdings scheidet das Modell eines wie auch immer gearteten Beitritts aus, da es eine gleichberechtigte Vereinigung sein müsse, von der niemand weiß, wie sie praktisch funktionieren würde.

Bei einem Austritt ohne Abkommen würde GB nach Einschätzung der Analysten wohl zunächst keine Kontrolle an den Grenzen einführen. Die EU allerdings müsse an der Außengrenze des Binnenmarktes den Warenverkehr überprüfen – auch auf der irischen Insel. Wenn LKWs auf dem Weg in die EU kontrolliert würden, könnte es möglicherweise auch dazu führen, dass Unternehmen entscheiden, auch gar nicht erst nach GB hinein zu fahren. Für Irland selbst würde es für den Export in die EU zu einer Verlängerung des Seeweges führen, da der Landweg über GB mangels Zollabkommen ausscheidet.

Jede Form einer Grenzkontrolle innerhalb Irlands würde gegen das Karfreitagsabkommen und gegen britisches Recht verstoßen und in kürzester Zeit gewalttätige Auseinandersetzungen provozieren.

Aber selbst für die britische Insel selbst fällt an einigen Stellen der Begriff „civil war“. Die Spaltung der Gesellschaft sei inzwischen so tief und emotional, dass auch ein weiteres Referendum - mit welchem Ergebnis auch immer - diesen Konflikt nicht mehr befrieden könne.

Am Tag nach unserer Rückkehr verkünden alle Seiten nach einem Treffen Johnsons mit dem irischen Premier neue Hoffnung auf einen neuen Deal.

Es wäre für Johnson der einzige Weg aus dem Dilemma, da er sich ansonsten politisch auf einen unregelmäßigen Ausstieg zum 31.10 festgelegt hat. Nach allem, was ich gehört habe, bleibe ich allerdings skeptisch, ob die neuen Vorschläge nicht doch eher eine weitere Runde im „blame game“ sind. Dass in der nächsten Woche eine andere Lösung gefunden wird, als das, was die EU in zwei Jahren intensiven Verhandlungen mit May nicht gefunden hat, würde wohl an ein Wunder grenzen.

Ich halte es wie die britischen Kollegen und würde auf den Ausgang der nächsten Tage keine Wette eingehen.

Berlin, 14.10.2019

Katja Keul

Gesprächspartner:

Kate Green, chair of the committee of privileges

Liam Laurence Smyth, clerk of legislation

Sir Charles Walker, MP (conservative)

Hilary Benn, MP (labour)

Sir John Homes, Electoral commission

Lord Kinnoull, chair of the European Union committee House of Lords

Julia Gross, Deutsche Botschaft, Gesandte

Hans-Günter Löffler, Deutsche Botschaft, Rechtsabteilung

Felix Dane, Konrad Adenauer Stiftung

Nicole Katsioulis, Friedrich-Ebert-Stiftung

Anja Richter, Hans-Seidel Stiftung

Waltraud Schelkle, Professourof political economy

Prof. Schulze, Departement of Economic History

Dr. Sara Hagemann, Academic Director LSE school of public policy

Dr. Jo Murkens, professor of law

Dr. Holger Hestermeyer, attorney